

Jörg Tauss –

Politik *mit dem Netz für das Netz*

Jörg Tauss ist seit 1994 Mitglied des Deutschen Bundestages. Er ist ordentliches Mitglied in den Ausschüssen für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung sowie Kultur und Medien und stellvertretendes Mitglied im Innenausschuss. Seit etwas mehr als zwei Jahren ist er Vorsitzender des Unterausschusses Neue Medien, der sich als Querschnittsausschuss mit allen Fragen und Auswirkungen der neuen Informations- und Kommunikationstechniken in allen gesellschaftlichen Bereichen beschäftigt. Zugleich ist er bildungs- und forschungspolitischer Sprecher sowie Beauftragter für Neue Medien und zur Reform des Datenschutzrechtes der SPD-Bundestagsfraktion.

Die Schwerpunkte seiner parlamentarischen Arbeit lagen von Beginn an im forschungspolitischen Bereich und hierbei vor allem im Bereich der neuen Informations- und Kommunikationstechnologien und dem gesellschaftlichen Wandel zur Informationsgesellschaft. Dabei hat er von Anfang an, als die öffentlichen Debatten um Multimedia und die berühmten 500-Fernsehkkanäle kreisten, darauf hingewiesen, dass es sich bei diesem gesellschaftlichen Wandel keineswegs um allein technologische oder vielleicht noch ökonomische Fragen handelt, sondern einen Umbruch der Gesellschaft in all ihren Bereichen erzwingen wird. Die neuen Informations- und Kommunikationsmöglichkeiten werden, so seine feste Überzeugung, auch die Politik und die politischen Prozesse verändern. Als Mitherausgeber des Sammelbandes „Deutschlands Weg in die Informationsgesellschaft. Herausforderungen und Perspektiven für Wirtschaft, Wissenschaft, Recht und Politik“, versuchte er (und viele der in diesem Band vertretenen Autoren) diese Verengung der Debatte um die Zukunft der Informationsgesellschaft aufzubrechen.

Von 1995 bis zum Ende der Legislaturperiode 1998 war Jörg Tauss Mitglied der Enquete-Kommission „Zukunft der Medien in Wirtschaft und Gesellschaft – Deutschlands Weg in die Informationsgesellschaft“. Nachdem er als Neuling im Deutschen Bundestag 1994 noch einen einsamen Kampf gegen die Bundestagsverwaltung ausfechten musste, ob ein Onlineanschluss zur Amtsausstattung eines Parlamentariers gehöre – seinerzeit bestand die Parlamentsverwaltung darauf, den Online-Anschluss abzuklemmen (O-Ton der Techniker: „Wo ist das Internet, dass wir abklemmen sollen“) –, war er in dieser Parlamentskommission zwar „nur“ stellvertretendes Mitglied, hatte aber dennoch – wie es der Sachverständige der Enquete-Kommission Professor Hans-J. Kleinsteuber beschreibt – den Ruf als der „in Sachen Internet profilierteste Abgeordnete des Deutschen Bundestages“. Der Spiegel verpasste ihm dann irgendwann den Spitznamen „Inter-Tauss“, der Focus zählte ihn vor einiger Zeit zu den „30 wichtigsten Online-Managern“ und die FTD zählte Jörg Tauss erst im vergangenen Jahr zu den 101 wichtigsten Köpfen der New Economy.

So war es zunächst ein günstiger Zufall, dass für die anstehende Multimedia-Gesetzgebung (Informations- und Kommunikationsdienste-Gesetz des Bundes und Mediendienste-Staatsvertrag der Bundesländer) das Bundesministerium für Bildung und Forschung unter dem sogenannten Zukunftsminister Jürgen Rüttgers (Tauss-Spott seinerzeit: „Minister Rückwärts“, Rüttgers über Tauss: „mein Intimfeind“) die Federführung für dieses Gesetzgebungsverfahren innehatte. Dabei setzte sich Jörg Tauss vor allem dafür ein, die

Besonderheiten der neuen Informations- und Kommunikationsmöglichkeiten (Digitalisierung, Konvergenz, paketvermittelte Kommunikation) bei der Debatte um die Rahmengesetzgebung für die neuen Medien zu berücksichtigen. So konnte und kann es eben nicht darum gehen, die Regelungen, die sich im Bereich des Rundfunks bewährt haben, einfach eins-zu-eins auf das weltweite Datennetzwerk Internet zu übertragen. Und bereits bei der Verabschiedung der Rahmengesetzgebung für die neuen Medien zeichneten sich die zentralen Diskussionsstränge ab, die uns bis heute begleiten: die Frage nach der Verantwortlichkeit für Inhalte und die immer wieder erhobene Forderung nach einer generellen Filterverpflichtung, die Frage der Rechtsdurchsetzung in globalen Netzen und vor allem der entscheidenden Frage der Verhinderung einer Kryptographieregulierung.

Vor allem diese Fragestellungen machen deutlich, dass eine „Politik nach dem Internet-Protokoll“ neue Wege suchen muss. Hier hat sich Jörg Tauss von Anfang an dafür eingesetzt, *mit dem Netz Politik für das Netz zu machen*. Schon in der letzten Periode hat er Antragsentwürfe seiner Fraktion auf seine Homepage zur Diskussion gestellt und war angesichts der konstruktiven Reaktionen überzeugt davon, dass hier neue dialogische Möglichkeiten zwischen den Bürgerinnen und Bürgern fruchtbar zu machen sind. Auch als die Debatte um Rechtsradikalismus im Internet in der öffentlichen Debatte immer weitere Wogen schlug und immer öfter die Forderung nach einer zentralen Filterung im Internet erhoben wurde, hat er für die SPD-Fraktion deutlich Position bezogen und auf die Nebenwirkungen derartiger Forderungen hingewiesen. Angesichts der Tatsache, dass es sich hierbei um ein Durchsetzungsproblem in einem weltweiten Netzwerk und nicht aber um fehlende Regelungen handelt, hat er darüber hinaus versucht, einen Diskussionszusammenhang mit allen beteiligten gesellschaftlichen Gruppen herzustellen. So hat er hinsichtlich des Problems des Rechtsextremismus im Internet zahlreiche Netzexperten, Verbände wie den Zentralrat der Juden in Deutschland und Initiativen zur Bekämpfung des Rechtsradikalismus nach Berlin eingeladen und nach Wegen gesucht, wie mit dem Netz gegen derartigen Missbrauch vorgegangen werden kann. Seine Devise lautete: Die Verursacher derartigen Missbrauchs müssen verfolgt werden, nicht aber das Internet.

Im Rahmen seiner parlamentarischen Arbeit befasst sich Jörg Tauss auch weiterhin insbesondere mit der Rahmensetzung für die Förderung der Chancen und Bewältigung der Herausforderungen der Risiken der neuen Informations- und Kommunikationsmöglichkeiten. Im Mittelpunkt steht dabei der Wandel in allen gesellschaftlichen Bereichen infolge der dynamischen informations- und kommunikationstechnologischen Entwicklung. Hier stehen wirtschaftliche, soziale, kulturelle und insbesondere politische Veränderungen der Kommunikations- und Organisationsstrukturen im Vordergrund, wie sie in den Schlagworten mit dem ‚kleinen e‘ angedeutet sind: etwa eCommerce, eGovernment, e-Verwaltung, e-Culture oder auch e-Demokratie und e-Vote. Aber auch die Voraussetzung für das individuelle Vertrauen in und für die gesellschaftliche Akzeptanz der neuen IuK-Technologien bilden einen wichtigen Schwerpunkt seiner Arbeit. Doch auch Fragen der Realisierung des informationellen Selbstbestimmungsrechtes und damit Fragen des Zugangs zu Informationen und Wissen, eines modernen, der technologischen Entwicklung angemessenen Datenschutzes, der Verringerung der digitalen Spaltung der Gesellschaft aber auch der IT-Sicherheit gewinnen in der öffentlichen Debatte zunehmend an Bedeutung.